

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

EWG siegt über agrarpolitische Interessenten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1962) : EWG siegt über agrarpolitische Interessenten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 1, pp. 2-11

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/133180>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EWG siegt über agrarpolitische Interessenten

Das Gespräch ist entstanden im verzweifelten Ringen um die agrarpolitische Einigung, dessen Ergebnis am Jahresanfang noch völlig offen war. Wenn das Gespräch auch vielleicht manche überholte Diskussion enthält, so bietet es doch eine gute Dokumentation über das Ringen selbst und die im Untergrund vorhandenen Meinungen und Wünsche. So wird dieses Gespräch auch heute noch seinen Wert behalten und ein Stück Zeitgeschichte um das Zustandekommen Europas bieten.

Es bleibt die Frage offen, ob die Härte des Ringens und die dadurch bewirkte Verzögerung notwendig gewesen wäre in Anbetracht des angestrebten Zieles. Henri Spaak beklagte sich bitter über „den Luxus von Argumenten“, den die Nationalstaaten in jeder Einzelheit ins Gefecht führen, „und“ — so stöhnt er — „welche Flexibilität sie dabei an den Tag legen! Je nach dem Produkt, um das es sich gerade dreht, wechseln sie im Handumdrehen das Prinzip.“ Dabei war es klar, daß das Prinzip die Oberhand behalten mußte, die zweite Stufe des EWG-Vertrages ohne Verzögerung in Kraft zu setzen.

BUNDESREPUBLIK: Mehr Mut und Selbstvertrauen!

Für den Uneingeweihten mag es in den vergangenen Wochen oft den Anschein erweckt haben, daß die Bundesrepublik allein oder zumindest doch weitgehend für das Verzögern der Verhandlungen verantwortlich sei. Dem ist aber keineswegs so. Vielmehr sind alle Partner — und das ist allzu menschlich — geneigt, die Probleme nur aus dem eigenen Erleben und Erkennen zu beurteilen. Da dem so ist, erscheint es angebracht, die agrargeschichtliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte kurz zu streifen.

Abgeschirmt vom Weltmarkt

Der deutsche Bauer ist seit Jahrzehnten gegen die störenden Einflüsse des Weltmarktes abgeschirmt gewesen, d. h. von dem Auf und Ab der Preise ist er nicht betroffen worden. Dies hat zweifellos seine guten und schlechten Seiten gehabt. So paradox es auch klingen mag, bis in die ersten Jahre des letzten Jahrzehnts hinein lag das deutsche Agrarpreinsniveau weit unter dem des Weltmarktes. Erst im Laufe der Jahre zogen im Bundesgebiet im Zuge der allgemeinen Preiswelle, insbesondere durch die sich ständig verteuernenden Kosten für Betriebsmittel und Löhne, auch die Preise für Agrarprodukte an. Heute hat die deutsche Landwirtschaft innerhalb der EWG neben Italien die

höchsten Agrarpreise aufzuweisen. Aber nicht auf die Höhe der Preise einzelner Produkte allein kommt es an, sondern auf das, was „unter dem Strich“ bleibt.

Dies zeigt sich besonders deutlich am Beispiel Frankreichs. Die französischen Agrarpreise lagen lange Zeit auf bzw. zum Teil sogar über dem deutschen Niveau; erst durch die bekannten konjunkturpolitischen Maßnahmen und die Währungsumstellung in Frankreich vollzog sich hier ein entscheidender Wandel zuungunsten der Landwirtschaft. Hierin sind letztlich auch die wahren Ursachen für die ständigen Bauernunruhen in den letzten Jahren zu suchen.

Im Gegensatz zu Deutschland und zum Teil auch im Gegensatz zu Italien sind die Landwirtschaften der übrigen Partnerländer, insbesondere der Niederlande, nicht auf den Binnenmarkt, sondern in erster Linie auf den Export eingestellt. So gesehen muß die Bildung eines gemeinsamen Agrarmarktes schon von der Einstellung der nationalen Landwirtschaften zum Markt her erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringen. Es war daher vorauszu-sehen, daß sich bei der Behandlung der Vorschläge der EWG-Kommission die Gemüter stark erhitzen würden und harte Auseinandersetzungen bevorstanden. Jedoch hatte man allgemein mit

einer Einigung vor Ende 1961 gerechnet, wenn vielleicht auch mit einer politischen.

Die Auswirkungen des „Richtpreises“

Für die deutsche Landwirtschaft stellt das Aufgeben einer liebgewonnenen und zugegebenermaßen recht bequemen Einrichtung: des „Ab-Hof-Erzeugerpreises“ ein nicht zu gering zu bewertendes Opfer dar. Im Austausch dafür erhält sie einen sogenannten Richtpreis, der die marktnah bzw. absatzgünstig gelegenen Betriebe bevorzugt. Welche Auswirkungen diese Anerkennung des Richtpreises für die deutsche Landwirtschaft nach sich ziehen kann, mag folgende Überlegung verdeutlichen.

Die Bundesrepublik als Hauptgetreideimporteur der Sechsergemeinschaft und mit infolgedessen verhältnismäßig hohen Getreidepreisen hat als richtpreisbestimmendes Hauptverbrauchergebiet den Raum Duisburg vorgesehen. Die deutschen Erzeugergebiete liegen in der Mehrzahl marktfrem zu diesem Verbrauchergebiet (Schleswig-Holstein, Braunschweig, Bayern usw.). Die Erzeuger von Getreide in diesen Gebieten können daher in Zukunft nur noch mit wesentlich geringeren Erlösen rechnen als bisher.

In Frankreich dagegen deckt sich das eigentliche Hauptverbrauchergebiet, das Pariser Becken, mit den Haupterzeugergebieten.

Da jedes Partnerland selbst das für die Höhe des Richtpreises ausschlaggebende Hauptverbrauchergebiet bestimmen kann, haben die Franzosen hierfür den Raum Marseille auserkoren, der in der Tat weitgehend mit Getreide aus Mitteleuropa versorgt werden muß. Agrarpolitisch hat diese französische Entscheidung aber auf lange Sicht gesehen insofern ganz erhebliche Folgen, als dadurch die Getreidepreise in den industriellen Ballungszentren in und um Paris sowie weiter ostwärts für Erzeuger und Verbraucher noch niedriger gehalten werden, als es bisher schon der Fall war.

Wird das hohe deutsche Getreidepreinsniveau beibehalten, so entsteht ein Sog, der, sobald die Binnengrenzen innerhalb der EWG fallen — und das wird in absehbarer Zeit geschehen müssen! —, zu einem ganz erheblichen Absinken der Getreidepreise in Deutschland führen muß. Diese Überlegungen dürften auch den Deutschen Bauernverband zu seinem harten und jedem Kompromiß abholden „Nein“ zu dem Richtpreissystem veranlaßt haben.

Regionale Zusammenarbeit ist Voraussetzung

Eine wichtige Voraussetzung für einen funktionsfähigen gemeinsamen Agrarmarkt sind gleiche Startbedingungen und vor allem Wettbewerbsverhältnisse; auf diesem Gebiet liegt aber noch manches im argen. Schon im Sommer 1961 hat die Bundesregierung nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Erfüllung dieser im Laufe der letzten Jahre wiederholt gestellten Forderung eine der Voraussetzungen ist, von denen sie ihre Zustimmung zum Übergang

zur zweiten Etappe des Gemeinsamen Marktes abhängig machen muß.

Für einige Partnerländer ist es nämlich äußerst verlockend, ein möglichst weitgehendes Auswirken von Angebot und Nachfrage auf die Preise zu fordern. Diese Länder, die über ein außerordentlich straff organisiertes Genossenschaftswesen verfügen, das seinem Wesen nach eine Mischung von echter Genossenschaft und staatlicher Marktlenkung darstellt und das den heimischen Markt zu 60 bis 80% bestimmt, rechnen sich gute Absatzchancen im Bundesgebiet aus. Im Bundesgebiet herrscht zur Zeit unter dem Schutz der Marktordnung ein verhältnismäßig gesunder Wettbewerb zwischen Genossenschaften, Landhandel und allen übrigen Marktpartnern. Fällt die Marktordnung weg, so hat der deutsche Handel dem straff organisierten genossenschaftlichen Handelsapparat der Partnerländer nichts Gleichwertiges entgegenzustellen. Welche Wirkung dies für die deutsche Landwirtschaft usw. hat, braucht wohl nicht weiter geschildert zu werden.

Nun ist es aber beileibe nicht ganz so schlecht um die deutsche Landwirtschaft bestellt, daß sie sich völlig gegen einen Gemeinsamen Markt sperren müßte. Überall im Bundesgebiet sind Ansätze für eine regionale Zusammenarbeit anzutreffen. Es gilt also lediglich, ein wenig Zeit zu gewinnen, um den vorhandenen Vorsprung der Partner aufzuholen. Bundespräsident Lübke hat daher auch mit Recht festgestellt, daß die deutsche Landwirtschaft angesichts ihrer bisherigen Leistungen sich in Sachen EWG getrost ein wenig mutiger zeigen könnte.

Sorge vor den Aufgaben der Zukunft

Die eigentliche Ursache für alle landwirtschaftlichen Vorbehalte, gleich von welchem Land sie vorgetragen werden, dürfte letztlich die innere Unruhe und Sorge der Bauern sein, mit den Aufgaben, die die Zeit stellt, nicht mehr fertig zu werden, kurzum, mangelndes Selbstvertrauen!

Überall in Europa befindet sich die Landwirtschaft noch im Zeichen der „industriellen Agrarrevolution“; nach der Mechanisierung, die das alte überkommene landwirtschaftliche Gefüge schon reichlich durcheinanderbrachte, kommen nun als nächste Aufgaben die Konzentration und Spezialisierung auf die Landwirtschaft zu. Diese Aufgaben lassen sich aber nur lösen, wenn zu kleine Betriebe zu größeren Einheiten zusammengelegt werden. Die „weichenden“ Bauern brauchen aber durchaus nicht aus der Dorfgemeinschaft auszuschneiden, sondern sie können entweder als Pendler in einem Nachbarort eine einträgliche Beschäftigung finden oder sich auf einen von der Bodenproduktion losgelösten Betriebszweig umstellen (Intensivgeflügelhaltung usw.). In vielen Gegenden wird es auch möglich sein, den Hof in eine Fremdenpension umzuwandeln, denn glücklicherweise sind viele der landwirtschaftlich „schlechten“ Gegenden landschaftlich besonders reizvoll und als Erholungsorte für die gehetzten Stadtmenschen unserer Zeit geeignet. Es sind also letztlich die bekannten Fragen der Agrarstruktur, die sich bei der Bildung des Gemeinsamen Marktes besonders nachhaltig stellen und größte Schwierigkeiten bereiten.

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
32 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Dies hat auch die EWG-Kommission erkannt und zur Lösung dieses Problems den gemeinsamen Agrarfonds vorgeschlagen. Gegen diesen Fonds als solchen hat sich niemand ausgesprochen, wohl aber gegen den vorgesehenen Finanzierungsmodus. Hier glaubt besonders die Bundesrepublik als größtes Agrarimportland der EWG, über Gebühr zur Finanzierung herangezogen zu werden.

Um diese Klippe nicht nur zu kritisieren, sondern rechtzeitig durch vorausplanende Maßnahmen zu umsegeln, hat der Hamburger Kaufmann Dr. h. c. Toepfer gefordert, in den nächsten Jahren — d. h. solange es noch einen gesonderten deutschen Grünen Plan geben wird — an Stelle der Produktionsmittelsubventionen einen reichlich mit Mitteln versehenen Fonds zur Finanzierung des Spezialisierungs- und Konzentrationsprozesses zu bilden. Diese Forderung kann nicht nachdrücklich genug unterstützt werden, denn einer gesunden Landwirtschaft dürfte, oder besser sollte, es nichts ausmachen, auch einmal etwas mehr in den gemeinsamen Topf zu zahlen.

Die agrarpolitischen Probleme sind überall die gleichen; durch den Gemeinsamen Markt stellen sie sich nur eher und in einer stärkeren Form. Vielleicht sind wir eines Tages dankbar, daß die EWG uns schon 1961 diese Entscheidungen aufgezwungen hat. Die jetzigen Vorbehalte sollten deshalb nur als das gewertet werden, was sie wirklich sind, nämlich das, wenn auch späte, Eingeständnis der verantwortlichen Stellen in den Partnerländern, die Landwirtschaft nicht rechtzeitig und intensiv genug auf die kommenden Aufgaben vorbereitet zu haben. Überall drängen bestimmte Probleme auf eine baldige Lösung; Probleme, die der eine Partner schon glänzend gelöst zu haben vermeint und deshalb unterschätzt und die ein anderer nicht zu haben glaubt, weil sein bisheriges agrarpolitisches System sie noch nicht deutlich hat zum Tragen kommen lassen.

Für die Freiheit soll kein Opfer zu groß sein!

Die agrarpolitischen Auseinandersetzungen, an denen die EWG nicht scheitern darf und auch nicht scheitern wird, sind weder auf einen Mangel an landwirtschaftlicher Nutzfläche, noch einen Überfluß daran und auch nicht auf das Fehlen wirtschaftlicher Möglichkeiten zurückzuführen, sondern einzig und allein auf die Einstellung und den Bildungsstand der Landbevölkerung. Die ländliche Bevölkerung spürt im Tiefinnersten, daß etwas Neues, noch nie Dagewesenes sich ihrer bemächtigen will. Die gestellten Aufgaben

sind so groß, daß der einzelne sie nicht zu überschauen vermag und sich selbst die Frage stellt, werde ich überleben?

Bei allen Auseinandersetzungen, und seien sie noch so ernst, sollten sich deshalb alle Beteiligten — und nicht zuletzt wir Deutschen — vor Augen halten, daß heute mehr auf dem Spiele steht als niedrigere Erlöse und das Aufgeben von einigen Hundert Bauernhöfen, die ohnehin oft nicht mehr wirtschaftlich sind; es geht um die Freiheit. Und für diese Freiheit sollten keine Opfer zu groß sein! (v.S.)

Weltweite agrarpolitische Regelungen erforderlich!

Nicht nur in eingeweihten Kreisen war man sich darüber im klaren, daß die Agrarpolitik der EWG eine besonders harte Belastungsprobe bringen würde. Diese Belastungsprobe mußte kommen, da sich die Agrarpolitik in den einzelnen Partnerstaaten in den letzten Jahrzehnten recht unterschiedlich entwickelt hat.

Die politischen Hintergründe

Die Bundesrepublik ist heute noch nach Großbritannien das größte Importland für Agrarprodukte und konnte daher ihrer Landwirtschaft an der Außengrenze einen besonderen Schutz gewähren. Frankreich dagegen hat sich immer mehr zum Agrar-Exportland entwickelt. Wenn Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg nicht geteilt worden wäre und vor allem noch über seine Agrarräume jenseits der Oder-Neiße-Linie verfügen könnte, hätte in Deutschland die agrarische Produktionsentwicklung den gleichen Verlauf genommen wie in Frankreich.

Die harten agrarpolitischen Auseinandersetzungen können nur dann richtig beurteilt werden, wenn man vor allem von der Situation der Landwirtschaft in Frankreich und in der Bundesrepublik ausgeht. Abgesehen von den großen politischen Beweggründen

wurde seinerzeit der EWG-Vertrag von Frankreich in wirtschaftspolitischer Hinsicht vor allem in der Hoffnung unterzeichnet, daß der französischen Landwirtschaft für ihre damals zu erwartende Überschussproduktion ein Absatzventil in der Bundesrepublik geschaffen würde. In Frankreich kam man zu der Erkenntnis, daß man die agrarischen Probleme allein nicht mehr bewältigen konnte.

Die Bundesrepublik, die einmal der eigenen Landwirtschaft einen angemessenen Schutz gewähren und zum anderen die bisherigen traditionellen Handelsbeziehungen mit dritten Ländern aufrechterhalten will, gerät hier in einen wirtschaftspolitischen Interessengegensatz zu Frankreich. Selbstverständlich wird man entsprechend den Zielen des EWG-Vertrages den französischen Agrarprodukten eine zunehmende Präferenz einräumen müssen. Daran läßt niemand einen Zweifel. Strittig sind das Ausmaß der Präferenzen und die Zeitdauer der Übergangsregelung.

Die deutsche Industrie hat bereits vor einigen Monaten in einer Stellungnahme darauf hingewiesen, daß es politisch nicht zu verantworten sei, weitere Fortschritte der Integration Europas an der Agrarfrage scheitern zu lassen.

Diese Sorge der Industrie bezieht sich nicht nur auf die weitere Entwicklung der EWG, sondern vor allem auf die Beitrittsabsichten Großbritanniens. Wie ernst es Frankreich mit seinen agrarpolitischen Forderungen meint, macht die Ernennung des früheren französischen Landwirtschaftsministers Rochereau zum neuen französischen Kommissionsmitglied deutlich.

Unser Odium: Hemmschuh gemeinsamer Agrarpolitik

Bei den Verhandlungen in Brüssel wanderte der „schwarze Peter“ von einem Land zum anderen. Wenn es auch der deutschen Verhandlungsdelegation gelungen ist, den bisher permanent in ihren Händen befindlichen „schwarzen Peter“ loszuwerden, so darf das jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bundesrepublik immer noch mit dem Odium belastet ist, Hemmschuh der gemeinsamen Agrarpolitik zu sein.

Da sich Frankreich in einer sehr starken Verhandlungsposition befindet, zeigte sich die französische Delegation sehr unnachgiebig. Diese Unnachgiebigkeit war nicht zuletzt auch eine Folge des Mißtrauens, das nach den EWG-Beschleunigungsbeschlüssen vom 20. Dez. 1960 aufkam, als in der Bundesrepublik die Auffassung vertreten wurde, die Beschleunigungsbeschlüsse seien in bezug auf die Landwirtschaft „schwebend unwirksam“.

Aber es wäre müßig, jetzt nach dem schuldigen Partnerland zu suchen. Die Dinge liegen zu sehr in den bisher unterschiedlichen Entwicklungen der nationalen Agrarpolitik der einzelnen Länder begründet. Im übrigen ist das Spiel mit dem „schwarzen Peter“ nur noch bis zum Ende der zweiten Übergangsstufe möglich.

Zu beachten ist der politische Verständigungswille der Partnerländer trotz der großen Schwierigkeiten. Es ist nicht so einfach, der Landwirtschaft die bisherigen nationalen Stützen zu nehmen, an deren Gebrauch man sie seit Jahrzehnten gewöhnt hatte. Wenn viele grundsätzliche Probleme gelöst werden konnten, so war das nur deshalb möglich, weil der politische Zwang unmittelbar dahinter stand. Die Brüsseler Verhandlungen haben erneut bewiesen, daß Fachleute zwar notwendig sind; daß Fachleute aber keine politischen Entscheidungen treffen können.

Ungelöste Getreidepreisfrage

Die eigentliche Kernfrage der künftigen gemeinsamen Agrarpolitik, der Getreidepreis, blieb bisher weitgehend im Hintergrund der Beratungen. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lösung dieses Problems dringlicher denn je ist. Da über die Grundzüge der gemeinsamen Agrarpolitik eine Verständigung herbeigeführt wurde und man sich vor allem über die Anwendung des Preisabschöpfungs-

systems an der gemeinsamen Außengrenze einigen konnte, wird die Höhe der Preisabschöpfung durch die Höhe der Getreidepreise bestimmt.

Hohe Getreidepreise würden auch eine hohe Preisabschöpfung bei den landwirtschaftlichen Veredelungsprodukten auf Grund der Rohstoffpreisunterschiede zur Folge haben und damit zu einer erheblichen Verteuerung der importierten Veredelungsprodukte führen. Das würde ganz abgesehen von der zu erwartenden Erhöhung der Verbraucherpreise zu erheblichen handelspolitischen Schwierigkeiten führen. Eine derartige Agrarpolitik stände eindeutig im Widerspruch zu den Zielen des EWG-Vertrages.

Die Industrie hat mehrfach in Stellungnahmen darauf hingewiesen, daß die bestehenden handelspolitischen Verflechtungen mit dritten Ländern ausreichend berücksichtigt werden müssen, und zwar unter Hinweis auf den Artikel 110 des Vertrages. Auf keinen Fall darf die Entwicklung dahin gehen, daß sich die EWG gegenüber den Ländern außerhalb der EWG abschließt. Eine solche Politik stände nicht mit dem im Vertrag festgelegten Ziel in Einklang, „zur harmonischen Entwicklung des Welthandels beizutragen“. Die Agrarwissenschaft hat bereits vor Jahren auf die Gefahren hingewiesen, die bei einer Übertragung der verhältnismäßig hohen deutschen Getreidepreise auf den

Neue Ideen - neue Kontakte - neue Märkte



INTERNATIONALE FRANKFURTER MESSE

18. - 22. Februar 1962

Internationales Angebot verwandter Konsumgüter-Branchen, gezeigt von rd. 3000 Ausstellern aus Europa und Übersee. - Sie können mehr sehen, besser vergleichen und günstiger einkaufen!

Messeausweise im Vorverkauf:

Kaufen Sie Ihren Messeausweis vorher, Sie sparen Geld! Vorverkauf bei allen Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern sowie Groß-, Einzelhandels- und Handelsvertreterverbänden.

EWG-Raum für die europäische Agrarpolitik drohen. Es ist müßig, heute über das Überschußproblem zu diskutieren, wo derartige Überschüsse bereits da sind und ein eindeutiger Trend zu einer weiteren Steigerung der Produktion festzustellen ist.

Ganz abgesehen von den ökonomischen Aspekten der Getreidepreisfrage wird es entscheidend darauf ankommen, ob die Partnerländer überhaupt das hohe deutsche Preisniveau übernehmen wollen und können. Nach dem jetzigen Stand der Dinge muß diese Frage verneint werden. Nach einem Beitritt Großbritanniens und Dänemarks sähe die Sache noch anders aus. Die Briten haben mit Frankreich bereits in den ersten Monaten des vergangenen Jahres Kontakte aufgenommen. Dabei haben sich beide Seiten für ein mäßiges Getreidepreinsniveau ausgesprochen. Die Briten können mit Rücksicht auf die Länder ihres Commonwealth gar nicht anders. Ein autarker europäischer Agrarraum wäre für England ein unmöglicher Zustand.

Zerstörte Illusionen

Die französisch-englischen Kontakte sind in der Bundesrepublik kaum bekannt geworden. Das paßte vor den Bundestagswahlen schlecht in das Konzept. Wir tun gut daran, uns von Illusionen zu befreien. Viele solcher Illusionen wurden bereits in Brüssel zerstört. Es hat keinen Sinn, und es ist auch taktisch unklug, bis zum letzten Augenblick hinhaltenden Widerstand zu leisten und sich dann sozusagen in letzter Minute ein „Ja“ abringen zu lassen. Das ist dann erfahrungsgemäß mit mehr Konzessionen verbunden, als das bei einer elastischeren Verhaltensweise der Fall gewesen wäre.

Wenn die Industrie bereits mehrfach auf die Notwendigkeit von Getreidepreissenkungen hingewiesen hat, für die nach Feststellung von Einkommensverlusten gleichzeitig finanzielle Ausgleichszahlungen an die Landwirtschaft über die Bundeskasse gezahlt werden sollen, dann lagen dafür keine handelspolitischen Interessen auf dem Getreidesektor vor. Die land-

wirtschaftliche Seite macht es sich mit solchen Hinweisen zu bequem. Die Industrie ist der Überzeugung, daß das Volumen der deutschen Getreideernten bei sinkenden deutschen Getreidepreisen nicht abnehmen wird. Die Industrie ist darüber hinaus auch davon überzeugt, daß sich bei sinkenden Getreidepreisen die Importchancen auf dem Veredelungssektor insgesamt verringern, und zwar bezogen auf das Gebiet der Bundesrepublik. Im Grunde genommen müßte die Industrie sogar die bisherige deutsche Getreidepolitik gutheißen, weil es anders gar nicht möglich gewesen wäre, derart hohe Importquoten vor allem beim Geflügelfleisch und bei Eiern zu erhalten.

Im Rahmen der EWG sehen die Dinge jedoch ganz anders aus. Weltweit betrachtet sind allerdings auch auf dem Veredelungssektor Produktionsüberschüsse vorhanden. Aber warum will man der deutschen Landwirtschaft die Absatzchancen vorenthalten, die der deutsche Markt noch bietet? Das ist die ganz entscheidende Frage, die sich der deutschen Agrarpoli-

tik stellt. Niemand käme etwa in der Industrie auf den Gedanken, die Produktion deutscher Automobile zu drosseln, weil sich in anderen Ländern der Welt die Automobilproduktion ausdehnt.

Weltweite Agrarpolitik

Um aus dem gegenwärtigen Agrardilemma der westlichen Welt herauszukommen, bedarf es weltweiter agrarpolitischer Regelungen. Sonst läuft die westliche Agrarpolitik Gefahr, noch mehr als bisher zu einem „Dumping-Unternehmen“ größten Ausmaßes zu werden. Damit würde den finanzstärkeren Ländern bzw. Kontinenten ein eindeutiger Wettbewerbsvorsprung konzedierte. Ein derartiger Zustand der „Dumping-Konkurrenz“ wäre untragbar. Es müßte daher auch im Interesse der deutschen Landwirtschaft liegen, zu einer konsolidierten gemeinsamen europäischen Agrarpolitik zu kommen, um gegenüber den anderen großen Agrarexportländern, und zwar insbesondere gegenüber den USA, zu einer festen politischen Verhandlungsbasis zu gelangen. (Wn)

FRANKREICH: Strukturpolitik wichtiger als Preisdiskussionen

Von Anfang an wußte man, daß die Agrarpolitik das heikelste Kapitel des Gemeinsamen Marktes darstellt. Nicht zufällig überließen die Unterhändler des Rom-Vertrages die Regelung der Europäischen Kommission und dem Ministerrat und begnügten sich mit der Abfassung sehr allgemeiner Grundsätze. Hätten sie sich auf Einzelheiten eingelassen, dann wäre die Unterzeichnung des Vertrages um lange Monate verzögert, wenn nicht ganz gefährdet worden.

Die agrarpolitischen Diskussionen für den Übergang zur zweiten Etappe des Gemeinsamen Marktes waren nur ein Kristallisationspunkt. Das Thema ist noch lange nicht abgeschlossen und wird noch mehrere Jahre bis zur Verwirklichung einer vollständigen Wirtschaftsunion auf dem Gebiete der Landwirtschaft aktuell bleiben. Es ist daher der Mühe wert, sich etwas

eingehender mit dem Standpunkt der beiden als entgegengesetzte Pole dienenden Länder, Frankreich und Deutschland, zu befassen. Erfreulicherweise handelt es sich in beiden Fällen um klare Verhältnisse ohne Hintergedanken und ohne falsche Vorwände.

Die kontroversen Standpunkte: Frankreich braucht Ausfuhren

Frankreich fordert für die landwirtschaftliche Produktion nicht mehr und nicht weniger als den Gemeinsamen Markt. Noch stärker als Italien ist es der größte Lieferant der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und muß bei zunehmender Produktivität seiner Bauernbetriebe mit wachsenden Überschüssen rechnen. Allein die Ausfuhr stellt eine Lösung dar, wenn auch wahrscheinlich nicht vollständig, so doch wenigstens teilweise. Diese Hoffnung stützt sich auf den

INTERNATIONALE ZAGREBER FRÜHJAHRSMESSE 1962

13.—22. April

- Internationale Konsumgütermesse
- Internationale Ernährungsmesse und Ausrüstung für Lebensmittelindustrie
- VI. Internationale Verpackungsmesse
- Internationale Kunststoffmesse
- Internationale Ausstellung von Meß- und Regulationstechnik „JUREMA“

Anmeldungen zum Ausstellen und alle Informationen an die Adresse:

INTERNATIONALE ZAGREBER MESSE, ZAGREB

Aleja Borisa Kidriča b. b.

Tel.: 51-666

Einfuhrbedarf der Partnerstaaten, besonders der Bundesrepublik, aber zusätzlich auch von Benelux und Italien, wobei im Zuge des wirtschaftlichen Fortschrittes für verschiedene Produkte gleichzeitig eine Verbrauchssteigerung zur Anpassung an den hohen französischen Durchschnitt erzielt werden soll, in der Bundesrepublik z. B. für Fleisch, in Italien für Fleisch und Zucker. Andererseits beabsichtigt die französische Landwirtschaft, ihre Produktion auf den Bedarf des Gemeinsamen Marktes umzustellen: Förderung der Fleischwirtschaft und des Futtergetreides, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Der Gemeinsame Markt bedeutet für Frankreich die Begünstigung seiner Ausfuhren in die Partnerstaaten gegenüber der Konkurrenz von Drittländern und die völlige Freizügigkeit für den internen europäischen Warenverkehr, unter Verzicht auf nationale Einfuhrkontingente, Sonderabgaben usw. Es handelt sich hierbei um zwei verschiedene Ziele mit verschiedenen Auswirkungen.

Die Gewährung einer Präferenz gegenüber Drittstaaten ist eine handelspolitische Angelegenheit, die die deutsche Landwirtschaft nicht unmittelbar berührt. Durch das in Brüssel erdachte System der Abschöpfung mit verschiedenen Sätzen für Einfuhren aus Drittstaaten und aus dem Gemeinsamen Markt bei der zusätzlichen Bestimmung, daß die Abschöpfung, d. h. die Sonderbelastung der Einfuhr, im inner-europäischen Verkehr schrittweise verschwinden muß, ist jedoch diese

Frage indirekt mit der Handelsfreiheit innerhalb des Gemeinsamen Marktes für Agrarprodukte und der Festsetzung eines einheitlichen europäischen Preises verbunden. Wie dem auch sei, Frankreich ist der Überzeugung, daß es für die Landwirtschaft keinen Gemeinsamen Markt gibt, solange die Erzeugnisse der französischen Bauern kontingent- und zollmäßig gegenüber den Lieferungen von Drittstaaten auf dem deutschen oder italienischen Markt nicht begünstigt sind. Diese Präferenz entspreche voll und ganz dem Geiste des Rom-Vertrages. Es wäre natürlich und normal, seine engeren Partner gegenüber anderen Lieferanten zu begünstigen.

Handelsfreiheit im Gemeinsamen Markt

Die zweite französische Forderung, die Handelsfreiheit innerhalb des Gemeinsamen Marktes durch Beseitigung aller Zölle, Kontingente und Abgaben, betrifft unmittelbar die deutsche Landwirtschaft, die einer scharfen europäischen Konkurrenz gegenübersteht. Man darf aber feststellen, daß sich in dieser Frage Frankreich viel geschmeidiger zeigt als bei den Präferenzen, zumal da es selbst auf einen gewissen Schutz seiner Landwirtschaft für empfindliche Erzeugnisse, z. B. Obst und Gemüse gegen Holland und Italien sowie Wein gegen Italien, Wert legt.

Frankreich glaubt übrigens nicht an die Möglichkeit einer rein liberalen Lösung, sondern wünscht eine europäische Marktordnung, die die

materielle Zukunft der Bauern aller Partnerstaaten gewährleistet und etwaige Überschüsse neutralisiert, damit sie nicht auf die Preise drücken. Was die Festsetzung der europäischen Durchschnittspreise betrifft, besteht ein gewisser Widerspruch zwischen der französischen Regierung und der eigenen Landwirtschaft, die keine Einwendungen hätte, daß der höhere deutsche Preis als Richtschnur benützt wird. Schon mit Rücksicht auf die eigene Landwirtschaft ist Frankreich in der Preisfrage zweifellos Zugeständnissen an die deutschen Bauern nicht abgeneigt.

Gefahren der europäischen Autarkie

Diesen französischen agrarpolitischen Forderungen stehen deutsche Schwierigkeiten im Wege. Niemand bestreitet ernstlich in der Bundesrepublik die moralische und juristische Berechtigung der französischen Wünsche. Man sucht nur nach Mitteln und Wegen, um diese agrarpolitische Neuordnung so schmerzlos und so langfristig wie nur möglich durchzuführen. Die Bundesrepublik leistet sich daher vor allem eine Verzögerungstaktik.

Sie wendet sich gegen eine europäische Autarkie, selbstverständlich mit Rücksicht auf ihre bisherigen Handelsbeziehungen und aus der Befürchtung heraus, daß eine zu starke Verlagerung der Getreidekäufe auf Frankreich dem deutschen Export nach Argentinien, Australien, Kanada und sogar den USA Schwierigkeiten bereiten könnte. Je geringer die Präferenz

der Partnerstaaten ist, desto größer bleibt die handelspolitische Bewegungsfreiheit der Bundesrepublik. Bonn hätte es vorgezogen, langfristige Verpflichtungen für steigende Käufe in Frankreich, den Niederlanden oder Italien einzugehen, anstatt eine fühlbare Präferenz allgemeiner Art einzuräumen und auf diese Weise auf seine handelspolitische Bewegungsfreiheit zu verzichten. Eine derartige Lösung hätte jedoch keineswegs dem Geiste des Rom-Vertrages entsprochen.

Lebensinteressen der deutschen Bauern

Was die Handelsfreiheit innerhalb des Gemeinsamen Marktes betrifft, geht es Deutschland darum, die Lebensinteressen seiner Bauern zu bewahren, d. h. sie nur schrittweise der freien, europäischen Konkurrenz auszusetzen, nachdem sie die Möglichkeit hatten, sich durch Modernisierungs-, Rationalisierungs- und Konzentrationsmaßnahmen der neuen Lage anzupassen. Die Bundesrepublik muß außerdem Wert darauf legen, daß der gemeinsame europäische Preis so hoch wie nur möglich angesetzt wird. Je höher er liegt, desto größer sind die Aussichten der deutschen Bauern, konkurrenz- und lebensfähig zu bleiben.

Die Lage kompliziert sich durch einen wirtschaftspolitisch-doktrinären Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland. Frankreich sieht die ideale Lösung in einer umfassenden Marktordnung. Die deutsche Wirtschafts- und Agrarpolitik möchte weiterhin, wenigstens teilweise, mit dem Preis spielen, d. h. dem liberalen Grundsatz wenigstens teilweise treu bleiben. Gebe es nicht diesen Gegensatz, dann ließen sich die französischen Wünsche verhältnismäßig leicht mit den nicht zu bestreitenden Lebensinteressen der deutschen Bauern vereinbaren.

Europäische Notwendigkeiten

Nach dieser Darlegung der deutschen und der französischen These sei abschließend auf die europäischen Notwendigkeiten, die sich nicht immer mit den nationalen Vorstellungen decken, eingegangen. Selbstverständlich muß der Gemein-

same Markt kollektiv um das Schicksal seiner Landwirtschaft besorgt sein. Er kann sich jedoch nicht gegenüber der Umwelt abkapseln und sich der Autarkie hingeben.

Nach verschiedenen Berechnungen nähert sich die europäische Produktion verhältnismäßig schnell der vollständigen Selbstversorgung, sieht man von tropischen Erzeugnissen ab. Kontinentaleuropa — der Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt würde die Verhältnisse in mancher Beziehung ändern — kann jedoch aus handelspolitischen Gründen und auch aus Rücksicht auf wirtschaftlich schwächere Länder auf Agrareinfuhren nicht verzichten. Wenn es nicht dauernd unter Überschußproduktion leiden will, muß es daher den Agrarexport ermöglichen und fördern. Einer Einschränkung der Eigenproduktion sind verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt, denn selbst bei rückläufiger Agrarbevölkerung ist die Rationalisierung der Landwirtschaft zwangsläufig schon

aus Amortisationsgründen mit steigender Produktion verbunden. Es handelt sich hierbei um ein allgemeingültiges internationales Gesetz.

Um jedoch exportfähig zu sein und auch um wenig rentable Produktionen nicht preislich zu ermutigen, wie es allzulange in den europäischen Ländern geschah sowie heute noch geschieht, muß die europäische Agrarpolitik für verhältnismäßig niedrige europäische Durchschnittspreise Sorge tragen. Hieraus ergibt sich die Verpflichtung zu einer aktiven Strukturpolitik, d. h. zur methodischen Umstellung der Landwirtschaft, wobei moderne Methoden allein nicht genügen. Es bedarf auch der Flurbereinigung, der Beseitigung kleiner Bauerngüter sowie des Verzichts auf wenig rentablen Anbau in Gegenden, die entweder der Viehzucht oder, falls erforderlich, der Forstwirtschaft zugeführt werden. Unter diesen Umständen ist eine langfristige und sinnvolle europäische Strukturpolitik wichtiger als Preisdiskussionen und überspitzte Präferenzen. (fr.)

NIEDERLANDE: Agrarpreise sollen Europa retten!

Es stellt eine Anomalie dar, daß in einem hochindustriellen Westeuropa die Landwirtschaft — die seit Jahrhunderten eine schwache Stelle ist und von anderen finanziert werden muß — jetzt die Zukunft der Gemeinschaft bestimmen soll.

Die Eigenart der Landwirtschaft hat es mit sich gebracht, daß sie mehrmals periodische Wirtschaftskrisen verursacht, beschleunigt oder vertieft und immer der Bildung einer wirklich sauberen Marktwirtschaft im Wege gestanden hat, indem ihre Exklusivität sie der Wirkung eines freien Marktmechanismus entfremdete. Technik und Wissenschaft haben ihre Produktionskapazität derart gesteigert, daß die Verwertung dieser Produktion damit nicht im Gleichschritt bleiben konnte. Und trotzdem war dieses Sorgenkind in Brüssel Gegenstand einer Kompromißlösung, die den EWG-Partnern zum ersten Male im großen

Integrationsprozeß wirkliche Opfer abverlangte, denn man kann schwerlich behaupten, daß bislang die beschleunigte Schleifung von Tarifmauern für industrielle und nicht liberalisierte Erzeugnisse von den Partnerstaaten wirkliche Opfer gefordert hätte.

Die Überwindung des partikularistischen Systems

Wie dem auch sei, die Erreichung eines gemeinschaftlichen Regimes war durch viele Ursachen an die Überwindung des alten partikularistischen Agrarsystems aufgehängt worden, die mit einer Gewaltanstrengung gelungen ist. Sie mußte gelingen, denn trotz aller Dauerkonferenzen, Nationalegoismus contra Weitsichtigkeit konnte Westeuropa sich einen Fehlschlag politisch einfach nicht erlauben, wobei nicht vergessen werden darf, daß in manchen Kreisen die sich schon einmal als lebensgefährlich erwiesene Gesin-

nung entstanden war: „Besser eine unvollkommene Lösung als überhaupt keine!“

Allerdings, wenn man hier die Landwirtschaft meint, so ist das eigentlich nicht ganz richtig. Die landwirtschaftliche Marktordnung soll nämlich über den Handel mit Agrarerzeugnissen und sozusagen über den Kopf der Landwirtschaft hinweg erfolgen: Eine unfassbar komplizierte Organisation mit u. a. etwa 25 Richt-, Mindest-, Schwel-len-, Schleusenpreisen — jedoch ohne einen wirklichen Preis — soll die bisherige unzusammenhängende Gesamtheit nationaler Marktorganisationen ersetzen.

Meinung verschiedener Kreise

In den Niederlanden — wo die Landwirtschaft eine Leistungsfähigkeit und eine Exportorientierung wie in keinem anderen EWG-Staat besitzt — sind die Urteile verschieden. Man verhehlt sich nicht, daß dieser Übergang zu der zweiten Phase teuer bezahlt wird, wenn man die jetzigen Ergebnisse mit früheren niederländischen Landwirtschaftskonzeptionen vergleicht. Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß bei der immer stärker kontinental eingestellten und grundsätzlich auf anderen Gruppen fußenden Landwirtschaft die Begeisterung größer als in den Kreisen des Handels und des Verkehrs ist.

In der Landwirtschaft hält man es für wichtig, daß die Handhabung der „escape“-Klauseln von der EWG-Kommission entschieden

wird und die gemeinschaftliche Politik weiterhin aus den nationalen Staatssäckeln finanziert wird. Damit dürfte doch die Gefahr behoben sein, daß die Niederlande und die Bundesrepublik als die größten Importeure diese Politik aus den Erträgen aus Abgaben für die Einfuhr aus Drittländern bezahlen müßten.

Daß die Verwaltungsausschüsse für die allgemeinen Regelungen unterliegenden Erzeugnisse nur eine beratende Stimme haben werden und deshalb gemeinschaftliche Maßregeln nicht behindern können, hält man in niederländischen Landwirtschaftskreisen für glücklich.

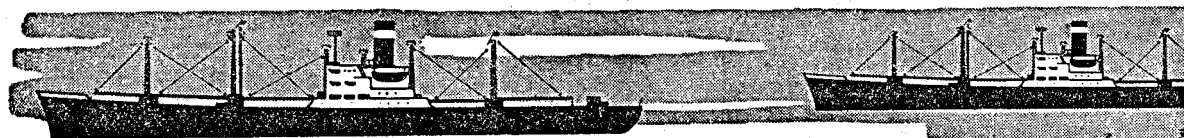
Demgegenüber befürchtet man in Kreisen des Agrar- und Lebensmittelhandels auf kurze Frist größere Nachteile als Vorteile, während man auch der weiteren Zukunft nicht ohne Skepsis gegenübersteht, vor allem auf Grund der technischen Vorschriften: Abgabensystem, verschiedene Preise, „escape“-Klausel, so daß die Partnerländer nach wie vor über zahlreiche Mittel zur Importbeschränkung verfügen würden. Das gilt in erster Linie für den Absatz von Getreide, Schweinen, Eiern und Geflügel. Auf dem Gebiet des Gemüse- und Obsthandels hält man die Entschlüsse zwar nicht für ganz unbefriedigend, aber die Mindestpreise (92% des durchschnittlichen Marktpreises der letzten drei Jahre oder der Kostenpreis) für zu hoch. Befriedigt zeigt man sich über die am 21. Juli 1962

in Kraft tretende Befreiung von Kontingentierung und Mindestpreisen der höchsten Qualität von 21 Produkten. An sich hält man das Fortbestehen von Mindestpreisen für enttäuschend, weil diese einen immerhin protektionistischen Charakter besitzen. Tatsächlich kann man sich fragen, ob der Sättigungspunkt des betreffenden Marktes nicht der einzige objektive Maßstab für einen Mindestpreis sein würde.

Lösung für den größeren Raum ...

Betrachtet man den rettenden Kompromiß von Brüssel in einem größeren Rahmen, so ist es deutlich, daß das neue System unzureichende Gewähr gegen eine Ausdehnung der Agrarproduktion bietet und, was sich als sehr schwerwiegend erweisen dürfte, daß eine Neueinteilung dieser europäischen Agrarproduktion auf der Grundlage der am meisten geeigneten und rentabelsten Gebiete und Betriebe nicht sehr wahrscheinlich ist.

Man kann sich hier wirklich fragen, ob man in Brüssel unter dem Druck der politischen Verhältnisse und Entwicklungen nicht zu sehr am Symptom, an vielen Symptomen, kuriert und dabei nicht berücksichtigt (oder sich gegenwärtig) hat, daß die einzige wahrhaftige Korrektur bei den USA liegen dürfte, nämlich durch den Druck, den sie auf die Gemeinschaft ausüben werden, um die Einfuhr nordamerikanischer Agrarprodukte nicht einschränken zu



Wöchentliche Fracht-Schnelldienste nach den USA

Wöchentliche Abfahrten von Bremen, Bremerhaven und Hamburg direkt nach New York und anderen amerikanischen Häfen. — Weitere Dienste von den USA nach Australien und Fernost.

United States Lines

53 moderne Frachter verbinden vier Erdteile

HAMBURG

Telefon: 32 16 71

Fernschr.: 021 2873

BREMEN

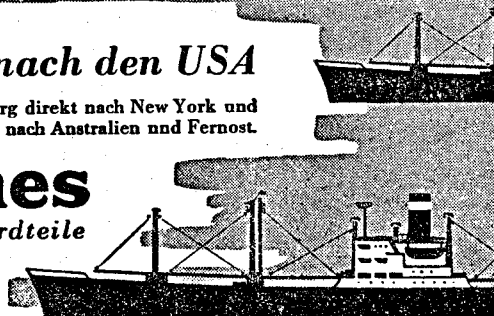
Telefon: 30 08 11-17

Fernschr.: 024 4307

BREMERHAVEN

Telefon: 4 69 51

Fernschr.: 02 3716



müssen. Hier kommen auch die Interessen des sehr bedeutenden niederländischen Getreidehandels und des größten kontinentalen Getreidehafens — Rotterdam — ins Spiel. Hier — und längst nicht hier allein — argumentiert man, daß es nur möglich sein wird, die europäischen Preise nicht zu stark vom Weltmarktniveau abweichen zu lassen und den internationalen Handel aufrechtzuerhalten, wenn die Gemeinschaft umfangreiche und langfristige Verträge mit den außereuropäischen Produktionsgebieten abschließt.

... oder Selbstbehauptung Europas

Akzeptiert man jedoch den politischen Drang zur Selbstbehauptung Europas, vielleicht sogar des gesamten Westens, so kann der Gedanke naheliegen, die aus den Kompromißlösungen auf dem Agrargebiet zweifellos noch hervorgehenden Schwierigkeiten für manche Kreise mehr oder minder als vorübergehende Unbequemlichkeiten zu betrachten. Diese Ansicht ist davon abhängig, wie hoch man die Erfolgsmöglichkeiten der „25 Preise“, der Unterstützungs- und „escape“-Klauseln usw. veranschlagt. Wie eine maßgebliche Wirtschaftszeitung in den Niederlanden schreibt: „Augenblicklich würde man bereits ein großer Optimist sein, wenn man das Verhältnis zwischen den Erfolgs- und Mißerfolgsmöglichkeiten mit ‚fifty-fifty‘ veranschlagen würde.“

Sieg des übernationalen Europa

Auf jeden Fall — und das muß auch der diese Zeilen verfassende Skeptiker zugestehen — scheint die Gemeinschaft zum ersten Male in ihrer allerdings noch verhältnismäßig kurzen Geschichte ein wirklich ernstes Dilemma überwunden zu haben. Darüber hinaus dürften die Verhandlungen über den — in den Niederlanden heiß ersehnten — Anschluß Großbritanniens an die EWG wenn nicht schon erleichtert, so doch auf eine realere Basis gebracht worden sein. An der Kante der Nordsee ist man gewiß nicht blind für die Rehabilitierung der europäischen Idee oder für die Tatsache, daß der

EWG-Ministerrat in der zweiten Übergangsphase mit qualifizierter Stimmenmehrheit entscheiden kann.

Wichtig ist, daß kein Land sich mehr in dem Maße wie früher hinter nationalen „escape“-Klauseln oder Mindestpreisregelungen verstecken kann. Wenn ein Mitgliedstaat nunmehr seine Grenzen für die Einfuhr aus einem Partnerland abriegeln will, wenn seinem

ENGLAND: Mit dem Commonwealth-Problem verflochten

Die Auseinandersetzungen über eine gemeinsame Agrarpolitik innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurden in London mit Unbehagen beobachtet, denn die so ausgehandelte Politik soll ja die Grundlage für den künftigen Einschluß der englischen Landwirtschaft bilden.

Britisches System: Niedrige Verbraucherpreise

Um diese Verhandlungen nicht unnötig zu belasten, hat sich die britische Regierung bisher auf allgemein gehaltene Erklärungen beschränkt. Lordsiegelbewahrer Heath ging bei der Begründung des britischen Aufnahmeantrags auf landwirtschaftliche Belange nur insofern ein, als er auf den Wert von Stabilität, vorausschauender Planung und stufenweiser Anpassung hinwies und das englische System niedriger Konsumentenpreise als nachfragefördernd pries; und Premier Macmillan erklärte auf Anfrage im Unterhaus, also zur Informierung der heimischen Interessenten, daß man dieses System garantierter Preise beim Beitritt zum Gemeinsamen Markt wohl aufgeben und der Produzent dann einen angemessenen Erlös beim Absatz selbst erzielen müßte. Solange die Wirtschaftsgemeinschaft ihre Agrarpolitik nicht klarstellt, will sich England in diesem heikelsten aller Beitrittsprobleme auch nicht festlegen.

Erfolgreiche und kostspielige Agrarpolitik

Zu radikalen Reformen hat man in England sowieso wenig Lust, um so weniger als die britische Agrar-

Markt eine Störung droht, wird er sein Anliegen vor der Europäischen Kommission zu begründen und sich deren Beschluß zu unterwerfen haben.

Aber der größte Erfolg der nervenzerreißenden Arbeit der Brüsseler „Europäer“ dürfte nach hiesiger Ansicht doch der Sieg eines übernationalen Europa über ein „Europe des patries“ sein. (e)

politik überaus erfolgreich, allerdings auch ziemlich kostspielig ist.

Englands Landwirtschaft beschäftigt nur 4% der erwerbstätigen Bevölkerung, deckt aber etwa die Hälfte des Lebensmittelkonsums. Im letzten Jahrzehnt ist ihre Erzeugung um ein Fünftel gestiegen, die Zahl der Arbeitskräfte dagegen um ein Sechstel gefallen. Gleichzeitig wurde die Agrarproduktion auf die rentabelsten Gebiete konzentriert, die Struktur der englischen Landwirtschaft stetig verbessert und ihre Technisierung soweit vorangetrieben, daß sie hinsichtlich ihrer Arbeitsproduktivität in Europa nur hinter der dänischen und holländischen zurücksteht.

Zuerst quantitativ und dann qualitativ hat die englische Landwirtschaft das ihr gesetzte Produktionsziel erreicht, ohne je in erheblichem Maß an Überproduktion oder Fehlinvestitionen zu leiden. Sie ist heute in besserer Verfassung denn je.

Die Steuerzahler tragen die Kosten

Den Preis dafür hat unter dem britischen System garantierter Preise nicht der Konsument, sondern der Steuerzahler zu tragen, und der Preis wird von Jahr zu Jahr höher. Ausfallzahlungen, die die Differenz zwischen garantierten und tatsächlich erzielten Verkaufspreisen decken, machen drei Fünftel aller staatlichen Zuschüsse an die englische Landwirtschaft aus.

Nachdem das erstrebte Ziel in der Agrarproduktion erreicht ist, haben sich Regierung und Landwirte des-

halb jetzt die Aufgabe gestellt, den Vertrieb zu rationalisieren. Ansätze dafür gibt es bereits in den gemeinschaftlichen Absatzkontoren, die den Verkauf von Hopfen, Kartoffeln, Milch, Eiern, Rindern und Schweinen — zwei Fünftel der gesamten heimischen Agrarproduktion — regulieren, nötigenfalls Überschüsse auffangen, Garantiesprüche errechnen und sich zum Teil auch im Ein- und Ausfuhrhandel betätigen. Wenn England der Wirtschaftsgemeinschaft beitrifft, werden sich ihre Funktionen auf alle Fälle ändern.

Abstimmung der Agrarpolitik mit der EWG

Bevor hier eine Entscheidung auf lange Sicht fällt, muß aber die britische Agrarpolitik mit der EWG abgestimmt werden.

Grundsätzlich verfolgt England die gleichen Ziele wie die großen kontinentalen Länder: eine organisch gesunde und wirtschaftlich leistungsfähige Landwirtschaft, dabei aber vernünftige Konsumentenpreise, Entwicklung der heimischen Agrarproduktion, soweit ökonomisch gerechtfertigt, und Schutz des

heimischen Erzeugers, falls ein solcher kommerziell nötig und sozial und fiskalisch tragbar ist.

Die Beziehungen zum Commonwealth stellen eine Komplikation dar, die mit den aus bilateralen Import-Export-Relationen der Bundesrepublik erwachsenden Sonderinteressen manches gemein hat, aber keineswegs unüberwindlich ist.

In der Methodik unterscheidet sich die britische Agrarpolitik mit ihren garantierten Preisen, Zuschußzahlungen, Absatzkontoren und Commonwealth-Bindungen dagegen von derjenigen kontinentaler Länder gewaltig; und hier könnten so große Schwierigkeiten erwachsen, daß man sich von vornherein auf eine lange Übergangszeit einrichten und zunächst auf das Grundsätzliche konzentrieren sollte. Wenn erst einmal Einverständnis über die entscheidenden Fragen des wünschenswerten Preisniveaus, des notwendigen Maßes von Lebensmittelbezügen aus Übersee und der Finanzierung des Absatzes der Überschußproduktion von Mitgliedstaaten besteht, könnten die zweckmäßigsten Methoden von den Experten bald erarbeitet werden.

Als größter Importeur von Agrarprodukten in der Welt kennt England aus eigener Erfahrung den Zwiespalt der Interessen, mit dem die Wirtschaftsgemeinschaft in ihrer Agrarpolitik fertig werden muß. Er läßt sich nach englischer Erfahrung um so leichter meistern, je leistungsfähiger die heimische Landwirtschaft ist. Deshalb ist England für niedrige Preise und Zölle, die die notwendigen Reformen innerhalb der Landwirtschaft fördern (aber auch für Schutz gegen Dumping), und für Maßnahmen, die den Landwirten in den weniger leistungsfähigen Ländern die notwendigen Korrekturen erleichtern.

Nichts wäre verhängnisvoller, als diese wünschenswerten Anpassungen aus politischen oder fiskalischen Erwägungen auf die lange Bank zu schieben. Die Fragen der Agrarpolitik sind aber aus englischer Sicht auch so vielfältig mit dem Commonwealth-Problem verflochten, daß sie keinesfalls vor diesem oder getrennt von ihm geregelt werden können. Hier ist ein Grund mehr, warum die britische Regierung zögert, eine endgültige Stellung zu beziehen. (A.)

Von einem Korrespondenten:

Produktivität und Versorgung auf den Agrarmärkten der EWG

Zur Jahreswende ist die seit langem schwelende Auseinandersetzung um die Agrarpolitik in der EWG in ihr entscheidendes Stadium getreten: Der positive Ausgang der agrarpolitischen Verhandlungen war für die EWG selbst schicksalhaft. Denn, gerade im Schatten der Verhandlungen mit England hätte man sich schwerlich den Luxus leisten können, durch Vertagung des Übergangstermins gewissermaßen einen teilweisen Rückschlag zuzugeben.

Das war die politische Problematik nach außen hin. Innerhalb der Gemeinschaft selbst geht es ebenfalls um eine politische Grundsatzentscheidung: allerdings nicht so sehr um den Gegensatz Verbraucher kontra Grüne Front, sondern lediglich um einen Übergang vom nationalen Protektionssystem zu einem solchen der Gemeinschaft, das allerdings durch Verbraucherrücksichten in seiner Methodik wie in seinen langfristigen Zielsetzungen — Hebung der Produktivität, Sicherung langfristig gleichmäßiger Versorgung — bestimmt wird.

Um welche konkreten Fragen geht es nun im einzelnen? Für den Außenstehenden, ja für den Insider selbst löst sich das Gewirr der Diskussionen um die verschiedenartigsten Artikel allmählich in ein unüberschaubar werdendes Labyrinth auf. Vielleicht kann man unter Anknüpfung an das Produktivitätsproblem und die Versorgungsfrage am ehesten den Schlüssel zum Gesamtproblem finden.

Umwälzungen auf dem Agrarsektor

Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich in mancher Hinsicht eine Revolution im Agrarsektor vollzogen. Die Hektarerträge sind z. B. bei Kartoffeln und Gerste um rund 30 %, bei Weizen gar um 40 % gestiegen. Neben der verstärkten Verwendung von Düngemitteln war es vor allem die überdimensionale Steigerung des Maschineneinsatzes, die diese Revolution bewirkte: gegenüber 107 000 Traktoren vor dem Kriege sind heute rund 1,7 Mill. vorhanden. Dafür ging allerdings die Zahl der Zugtiere um ein Viertel zurück; anderer-